

ten diese Veranstaltung bekannt ist. Daneben müssen aber auch kleinere Veranstaltungen vor Ort flächendeckend unterstützt werden. Wir müssen die Quartiere bespielen mit Nachbarschaftsfesten, Mitmachaktionen und Begegnungsmöglichkeiten, um das Miteinander fördern und den kulturellen Austausch offen und spielerisch zu gestalten.

Erinnern Sie sich, Herr Römer oder Herr von Grünberg? – Genau diese Dinge haben die Experten am vergangenen Freitag bei der Ausschusssitzung des EKW auch als Lösungsansätze gesehen. Uns ist natürlich bekannt, dass es in einigen Orten Bemühungen gibt, aber das ist immer von der Eigeninitiative und dem Engagement einzelner vor Ort abhängig. Hingegen sollte unser Anspruch sein, dass wir diese Maßnahmen professionalisieren und institutionalisieren. So ist unser Antrag zu verstehen.

Als Drittes möchte ich noch einmal auf den unfassbaren Bericht in der Sendung „Monitor“ eingehen. Dort wird deutlich, dass wir die interkulturelle Öffnung der Verwaltung noch viel stärker in den Fokus rücken müssen. Im Grunde sollte ein Kompetenzteam auf Landesebene allen 396 Ausländerbehörden einen Besuch abstatten und mit den Amtsleitern und Mitarbeitern Gespräche führen.

Nicht nur ich stelle mir die Frage, ob alle Mitarbeiter in den Ausländerbehörden den Anforderungen im humanitären Umgang mit den Menschen gewachsen sind. Viele Möglichkeiten, viele Wege, und daher brauchen wir einen viel größeren Etat. Es reicht eben nicht, Flyer und Broschüren zu drucken. Daher fordern wir die Verdopplung auf 60 Millionen €.

(Beifall von den PIRATEN)

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Lassen Sie uns diesen Paradigmenwechsel jetzt aktiv begleiten. Deutschland soll ein Integrationsland werden, und zwar jetzt.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brand. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung, erstens über den Einzelplan 11. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7511, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Fraktion der Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 11 in zweiter Lesung** mit Mehrheit **angenommen**.

Zweitens stimmen wir über den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7407 ab. Hierzu hat die Fraktion direkte Abstimmung beantragt. Also stimmen wir über den Inhalt ab. Wer stimmt dem Antrag so zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt gegen

diesen Antrag? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/7407** mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zum

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

In Verbindung mit:

Gemeindefinanzierungsgesetz

In Verbindung mit:

Auswirkungen der Bevölkerungsschrumpfung abdämpfen – Demografieansatz im GFG stärken

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6685

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Kommunalpolitik
Drucksache 16/7362

In Verbindung mit:

Steuererhöhungsspirale der Kommunalsteuern beenden – fiktive Hebesätze im kommunalen Finanzausgleich langfristig absenken!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6684

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Kommunalpolitik
Drucksache 16/7361

Beide Anträge der CDU wurden gemäß § 82 Abs. 2 Ziffer b) unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung erfolgt.

Schließlich habe ich noch zwei weitere Hinweise: erstens auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/7503 zum Einzelplan 03 und zweitens auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/7517 zum Gemeindefinanzierungsgesetz.

Jetzt kann ich die Aussprache eröffnen. Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sowohl der Gesamthaushalt

2015 der rot-grünen Landesregierung als auch der Einzelplan 03 des Innenministerium mit mehr als 5 Milliarden € verdeutlichen, dass dieser Landesregierung jeglicher Wille zu Strukturveränderungen fehlt und sie den hochpolitischen Zeitabläufen nicht gewachsen ist.

(Beifall von der CDU)

Diese Landesregierung mit dem federführenden Fachminister Ralf Jäger sorgt nicht nur dafür, dass das Gewaltmonopol des Staates lächerlich gemacht wird, sondern auch – das ist außerordentlich bedrückend –, dass der Bürger zunehmend das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates verliert.

(Beifall von der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ganz ohne Frage gehört die Gewährleistung der inneren Sicherheit zu den Kernaufgaben des Landes. Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor Schlusslicht unter den bundesdeutschen Flächenländern. Denn mit nur 48,9 % wird deutlich weniger als jede zweite Straftat aufgeklärt.

Wir stehen – das wissen wir alle – national und international vor gewaltigen Herausforderungen. Die Bekämpfung des Extremismus, die religiös fundamentalistische Gewalt, der Salafismus, die Gewaltszene insgesamt seien als Stichworte genannt. Nicht zuletzt registrieren wir mit ca. 60.000 Wohnungseinbrüchen den höchsten Stand seit 1995.

Sowohl das subjektive Sicherheitsgefühl als auch die objektive Sicherheitslage haben sich in den letzten viereinhalb Jahren – das ist der Zeitraum Ihrer Zuständigkeit, Herr Minister Jäger – alles andere als verbessert. Im Gegenteil! Berichte und Schlagzeilen wie „Deutschland, das Paradies für Einbrecher“ oder „Der Staat dankt ab“ – siehe „Welt am Sonntag“ vom 1. Juni 2014 bzw. 13. November 2014 – verdeutlichen, dass wir gerade in Nordrhein-Westfalen einen schleichenden Ausverkauf der inneren Sicherheit erleben. Am Beispiel der größten Stadt unseres Landes, der Stadt Köln, können wir das sehr gut sehen. Im Vergleich der deutschen Millionenstädte liegt Köln in der Polizeilichen Kriminalstatistik auf dem letzten Platz.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, unser Bundesinnenminister bezeichnete vor wenigen Tagen die Sicherheitslage in Deutschland mit Verweis auf den internationalen Terrorismus als objektiv ernst. Dieser Herausforderung müssen wir uns auch in Nordrhein-Westfalen endlich mit einer klaren Gesamtstrategie stellen.

Deswegen fordere ich Sie im Namen der CDU-Fraktion auf, Herr Minister Jäger: Beenden Sie mindestens mit Beginn des kommenden Jahres Ihren politischen Aktionismus, der zwar dafür sorgt, dass Ihr Bekanntheitsgrad erhöht wird, aber in der Substanz der Arbeit wenig bringt.

(Beifall von der CDU)

Zu den insgesamt besorgniserregenden Entwicklungen gehört leider auch, dass sich in immer mehr Regionen unseres Landes Bürgerstreifen gründen und Initiativen auf den Weg bringen, die die Dinge selbst in die Hand nehmen – so in Aachen, Essen-Kettwig, Mönchengladbach und Meckenheim bei Bonn. Wir könnten viele weitere Beispiele nennen.

Wenn sich unter den Augen der Polizei randalierende Hooligans in großen Mengen mit Bierflaschen versorgen und Ordnungswidrigkeiten begehen, die aus Gründen der Deeskalation nicht mehr beachtet und verfolgt werden, hat der Staat kapituliert. Im Übrigen gründen sich Bürgerstreifen in der Tendenz überall dort, wo verantwortungsbewusste Zeitgenossen den Glauben an das Gewaltmonopol des Staates verloren haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Situation der Polizei und Kriminalitätsbekämpfung in Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, dass unsere Polizei überbürokratisiert ist. Hier muss endlich gehandelt werden. Unser Grundprinzip bleibt gültig: Mehr fahnden statt verwalten.

Alle unsere Initiativen in den letzten Jahren sind abgelehnt worden. Diese rot-grüne Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sorgen dafür, dass es bei uns inzwischen eine Sicherheit erster und zweiter Klasse gibt, nämlich eine käufliche Sicherheit und zudem die schwindende Sicherheitsgewährleistung durch das Land.

Im Frühjahr nächsten Jahres – so die Aussage des Innenministers in der letzten Innenausschusssitzung – soll endlich der Kommissionsbericht zur Zukunft der Polizei vorgelegt werden. Wir sind sehr gespannt darauf, weil in Verbindung damit die große Dienstrechtsreform endlich angegangen werden muss. Dazu gibt es seit viereinhalb Jahren keine Vorstellung, keine Konzeption und keinen Ansatz.

Herr Minister Jäger, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktionen, wir fordern Sie auf: Konzentrieren Sie sich endlich auf eine der Kernaufgaben bei uns im Land. Entwickeln Sie eine langfristig angelegte Perspektive zur Kriminalitätsbekämpfung. Sorgen Sie dafür, dass die Bürger das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates nicht noch weiter verlieren.

Im vorliegenden Einzelplan 03 sind diese Perspektiven nicht zu erkennen. Auch deswegen lehnt die CDU-Fraktion diesen Einzelplan 03 ab. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kruse. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kruse, man konnte bei Ihrer Rede den Eindruck gewinnen – auch wenn Sie mir jetzt nicht zuhören –, dass es Ihnen eigentlich gar nicht um den Haushalt ging;

(Beifall von der SPD – Gregor Golland [CDU]:
Um die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen!)

denn auf den Haushalt sind Sie mit keinem Wort eingegangen. Vielmehr haben Sie erst Ihre Standardrede der letzten Jahre über Strukturveränderungen gehalten und sind dann zu der General-schelte über den Innenminister übergegangen. Wenn Herr Golland das auf dem Schreiwege macht, wundert mich das nicht. Aber dass Sie als langjähriger innenpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion auf einzelne Bereiche des Haushalts nicht eingehen, stimmt mich zumindest ein wenig traurig. Daher werde ich es jetzt mit für Sie machen. Vielleicht hilft uns das ja ein klein wenig.

Mit dem Haushalt von über 5 Milliarden € geben wir insgesamt 82 Millionen € allein im Zusammenhang mit den Flüchtlingen mehr aus. Das heißt: Wir bewältigen in unserem Einzelplan 03, von dem Sie immer sagen, wir würden zu viel Geld ausgeben, Mehrkosten, die nicht in unserem Zugriffsbereich liegen. Hier wenden wir aber Geld für die Menschen auf, die zu uns fliehen. Ich halte das auch bei 5 Milliarden € in unserem Einzelplan für eine enorme Anstrengung, die da gelungen ist. Sie ist abzubilden. Über die im Rahmen des Flüchtlingsgipfels beschlossenen Mittel werden wir noch gesondert diskutieren. Sie kommen noch obendrauf. Ich glaube schon, dass sich Nordrhein-Westfalen in diesem Politikbereich der Innenpolitik, nämlich der Flüchtlingspolitik, nicht nur den Herausforderungen stellt, sondern sie auch meistert.

Zu den klassischen innenpolitischen Themen der CDU gehört zuallererst die Polizei. Ich habe von Ihnen kein Wort dazu gehört, dass wir seit Jahren 1.400, 1.500 und jetzt sogar 1.522 Neueinstellungen im Haushalt haben.

22 Personen werden neu für den Verfassungsschutz eingestellt. Mit diesen 22 Stellen mehr stärken wir die innere Sicherheit im Bereich von Salafismus, Rechtsextremismus und allen anderen extremistischen Bestrebungen in unserem Land. Kein Wort von Ihnen dazu.

Wir nehmen diese 1.500 Neueinstellungen vor, nachdem Sie es in Ihrer Regierungszeit geschafft haben, 2.000 Polizeibeamtinnen und -beamte zu wenig für unser Land zu produzieren, weil Sie auf den demografischen Wandel nicht eingegangen sind, was wir gar nicht mehr aufholen können. Kein Wort von Ihnen dazu!

Kein Wort von Ihnen zu unserem Änderungsantrag! Die Koalitionsfraktionen haben beantragt, sechs weitere Stellen für den Verfassungsschutz zur Ver-

fügung zu stellen. Wie wir alle wissen, stammt der Entwurf des Einzelplans 03 aus dem Frühjahr/Sommer dieses Jahres. Wir sind als Fraktionen darauf eingegangen, dass es einen höheren Bedarf durch den Salafismus, der Ihnen doch in Schauanträgen immer so wichtig ist, in unserem Land gibt.

Aber kein Wort von Ihnen zu der Tatsache, dass wir dem durch sechs weitere Stellen im Verfassungsschutz – gegen Salafismus – gerecht werden, um diesen Bestrebungen entgegenzuwirken.

Und – das will ich auch deutlich sagen – kein Wort zum Thema „Feuerwehr“. Schauen Sie sich das an: In Ihrer Regierungszeit hat die Feuerwehr weder im Koalitionsvertrag noch in den Haushaltsplanberatungen eine besondere Rolle gespielt. Wir haben nicht nur unser Projekt „Feuerwehrensache“ aufgelegt, sondern wir nehmen sogar 1,7 Millionen € mit ins nächste Jahr und fördern im Jahr 2015 die ehrenamtliche Tätigkeit von knapp 80.000 Feuerwehrleuten in unserem Land mit 2,7 Millionen € – Geld, das Sie zu keinem Zeitpunkt in die Hand genommen haben, was uns aber für die Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr wichtig ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich könnte noch viel zum Einzelplan 03 sagen, aber da wir ihn gemeinsam mit dem GFG beraten, will ich dem Kollegen Körfges nicht zu viel Redezeit wegnehmen. Nur eins will ich noch sagen, Kollege Kruse – die Polizeibeamtinnen und -beamten hier im Land wissen das, aber ich will es noch einmal für alle Bürgerinnen und Bürger erklären –, zu Ihrem Thema „mehr fahnden als verwalten“ schlagen Sie vor, statt eines Polizeibeamten zwei Verwaltungsleute einzustellen. Diesen Abbau der inneren Sicherheit wird es mit uns weiterhin nicht geben. Wir sorgen dafür, dass genug Polizei auf der Straße ist. – Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja immer interessant, dem Kollegen Stotko zu folgen. Nur, er malt eine Welt, die so nicht existiert.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Seit 2010 ist Innenminister Jäger im Amt. Seit 2010 hat sich die innere Sicherheit massiv verschlechtert.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Ich möchte ein paar Zahlen zitieren, damit Sie wissen, wovon wir reden. Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist seit 2010 von 44.769 auf 54.953 angestiegen,

(Thomas Stotko [SPD]: Deutschlandweit?)

Die der Taschendiebstähle von 40.000 auf 49.000, die des Straßenraubs von knapp 7.000 auf knapp 8.000. Die Zahl der Diebstähle aus Kfz ist von 82.000 auf 102.000 gestiegen usw. Der Bürger, der sich in der Stadt oder auf dem Land bewegt, ist heutzutage in seiner Sicherheit in seinem nächsten Umfeld viel mehr gefährdet, als das noch vor einigen Jahren der Fall war. Das ist Ihre Verantwortlichkeit, Herr Minister. Das ist die Verantwortlichkeit von Rot-Grün, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Stotko, wenn Sie immer mit Ihrer Mär kommen, Sie hätten jetzt so viel Polizistinnen und Polizisten mehr eingestellt, dann machen wir doch mal die Probe aufs Exempel. Wir haben am Wochenende auf unserer Klausurtagung beschlossen, einen Änderungsantrag einzubringen und die Zahl von 1.500 auf 1.800 zu erhöhen. Dann stimmen Sie doch zu, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Lachen von Hans-Willi Körfges [SPD])

Es ist möglich, diese Zahl von Polizistinnen und Polizisten auszubilden. Dann machen wir das doch. Wir sind gerne dabei. Heben Sie die Hand bei dieser wichtigen Entscheidung, aber hören Sie auf mit der Mär.

(Thomas Stotko [SPD]: Das ist eine Schau-
fensterattrappe, das wissen Sie! – Stefan
Zimkeit [SPD]: Doch rechts von der AfD!)

Sie sind seit fünf Jahren an der Regierung. Sie hatten fünf Jahre Zeit, Beamtinnen und Beamte zu finden, auszubilden, einzustellen und den Menschen mehr Sicherheit zu gewähren. Darin haben Sie versagt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU – Stefan
Zimkeit [SPD]: So viel Angst vor der AfD ha-
ben Sie jetzt?)

Wenn wir das schöne Stichwort „demografischer Wandel“ von Ihnen hören, dann frage ich Sie doch: Warum müssen wir seit fünf Jahren darauf warten, dass der Minister endlich sagt, wie es weitergehen soll? Sie drücken sich vor den Wahrheiten. Sie drücken sich, weil Sie sich auch in der Koalition nicht einig sind. Ich kann nur sagen: Nordrhein-Westfalen wird mit weniger Bürgern nicht kleiner. Die Streifenfahrt wird nicht kürzer, meine Damen und Herren. Sie reden hier einen demografischen Effekt ins Land, den es gar nicht gibt. Sagen Sie endlich mal, wohin Sie wollen.

(Beifall von der FDP)

Insofern sei auch noch ein kleiner Hinweis auf das, was Kollege Kruse angesprochen hat, erlaubt. Thema „Salafismus“: verschlafen; die Zahlen haben sich vervielfacht, der Krawall hat zugenommen. Die

sogenannte Demonstration in Köln: völlig unterschätzte Lage. Es fing doch schon mit der Loveparade an. Kaum war der Minister Amt, wurde kein Polizeieinsatz mehr richtig gefahren.

(Beifall von der FDP – Ibrahim Yetim [SPD]:
Das ist nicht zu fassen! Das ist unglaublich!
Meine Güte! – Lebhaftige Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, versuchen Sie doch nicht, die Realität wegzureden; die Realität ist da, auch in den Köpfen der Menschen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Überlebenspanik, was
anderes haben Sie nicht mehr!)

Das wird Ihnen nicht gelingen. Machen Sie endlich eine solide Politik im Bereich der inneren Sicherheit. Geben Sie den Beamtinnen und Beamten genug Geld an die Hand, dann wird es auch besser. So wird das nichts.

(Beifall von der FDP – Thomas Stotko [SPD]:
Damit kommen Sie auch nicht von 2 auf
18 %!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Als nächste Rednerin spricht für die grüne Fraktion Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Orth, es macht immer eine große Freude, nach Ihnen reden zu dürfen; das mache ich gerne. Ganz im Ernst: Der Innenminister ist doch nicht für jeden einzelnen Polizeieinsatz im Land zuständig. Innere Sicherheit ist doch nicht so eindimensional wie eine Zahl in der PKS, wo man nachlesen kann, wie sich die Einbruchskriminalität entwickelt hat. Sie müssen doch differenziert hinschauen: Woran liegt das? Es hängt bei der Einbruchskriminalität mit den Ballungsräumen, der Verkehrsanbindung zusammen, und es gibt eine bundesweite, ja sogar eine europaweite Entwicklung im Salafismus. Sie können doch nicht alles mit einem Link auf die PKS einfach wegwischen. So einfach ist Innenpolitik nicht. Den Herausforderungen, vor denen wir in diesem Land stehen, stellen wir uns.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde im Übrigen, dass Sie mit Ihrer Kritik der Arbeit der Polizeibeamtinnen und -beamten nicht gerecht werden. Die machen die ordentliche Arbeit vor Ort. Gerade die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten stärken wir mit der erhöhten Zahl an Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärttern. Immerhin stellen wir nach wie vor jedes Jahr 1.500 Personen ein. Wenn Sie jetzt von 1.800 sprechen, dann ist das schön, aber Sie müssen a) auch begründen, woher das Geld kommt, und b) sagen, wie Sie die Ausbildungskapazitäten herstellen. Das eine geht eben nicht ohne das andere.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Herr Kruse hat gesagt, uns würde jeglicher Wille zur Strukturveränderung fehlen. Da muss ich Ihnen klar widersprechen. Dass es bei der Polizei ein Auseinanderdriften zwischen Neueinstellungen und Pensionierungen gibt, dass das Verhältnis kippt und wir ab 2017 mehr Personen pensionieren werden als neu einstellen, ist bekannt; gerade der Aufgabe und der Strukturfrage stellen wir uns doch.

Die Landesregierung hat die Kommission „Bürger-nahe Polizei“ eingerichtet, die im Frühjahr nächsten Jahres einen Bericht vorlegen wird. Dann bin ich gespannt auf die Diskussionen, die wir auch mit Ihnen darüber führen werden, wie die Polizei in Nordrhein-Westfalen in Zukunft aufzustellen ist und wie die Struktur auszusehen hat. Ich meine, unser Ziel muss eine bürgernahe Polizei sein. Das heißt, dass die Polizei vor Ort bei den Menschen ist und nicht irgendwo in den Behörden sitzt. Genau der Frage werden wir uns stellen müssen.

(Zuruf: Wann denn?)

– Wann wir das tun werden? Die Kommission tagt momentan. Sie arbeitet, sie ist eingerichtet. Im Frühjahr nächsten Jahres wird es einen Bericht geben. Den werden wir mit Ihnen diskutieren. Dann bin ich gespannt auf Ihre konstruktiven Vorschläge zu dem Bericht. Ich bin gespannt, Herr Kruse und Herr Dr. Stamp, ob Sie mit uns darüber diskutieren werden. Von uns aus herzlich gerne. Wir sind immer offen für konstruktive Diskussionen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will auch noch ein paar Worte zum Thema „Feuerwehr“ sagen. Eines muss man sagen: Feuerwehrarbeit wird zum großen Teil von Ehrenamtlichen geleistet. 73 % der Feuerwehren in diesem Land sind rein freiwillige Feuerwehren. Insofern ist uns das Projekt „Feuerwehrensache“ sehr wichtig.

Wir stocken ja hier noch einmal die Mittel auf. Wir haben als grüne Landtagsfraktion im Frühjahr dieses Jahres einen großen Kongress zum Thema „Ehrenamt bei der Feuerwehr“ gemacht. Ich finde, diese zu stärken, ist unsere Aufgabe, und zwar nicht nur durch das Projekt „Feuerwehrensache“; vielmehr wird es im Frühjahr des kommenden Jahres ein neues Feuerwehrgesetz geben. Auf die Diskussion dazu bin ich gespannt, weil es natürlich darum gehen muss, Freiwillige Feuerwehren und das Ehrenamt bei der Feuerwehr anzuerkennen und zu fördern, aber auch zum Beispiel Jugendfeuerwehren zu stärken sowie Kinderfeuerwehren zu ermöglichen. Diese Diskussion wird im nächsten Halbjahr anstehen.

Da wir einen Änderungsantrag zum Haushalt, und zwar zum Thema Salafismus, gestellt haben, will ich auch darauf noch einmal eingehen. Wir haben einen Antrag zur Erhöhung der Stellenzahl beim Verfassungsschutz gestellt. Angesichts der derzeitigen Situation in Syrien und im Irak, der wachsenden Szene des Salafismus in Deutschland und der Aus-

reisen von gewaltbereiten Salafisten nach Syrien oder in den Irak haben wir gesagt, dass wir die Ressourcen hier noch einmal stärken müssen. Aber ich will für meine Fraktion auch noch einmal deutlich machen, dass es nicht nur darum gehen kann, Repressionsmaßnahmen anzuwenden, sondern gerade im Bereich des Salafismus müssen wir auch über Prävention sprechen. Ich finde, dass wir hier mit dem Projekt „Wegweiser“, das im kommenden Jahr ja noch ausgeweitet werden soll, wichtige Schritte vorangehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Zum Thema „Salafismus“ will ich hier noch zwei Anmerkungen machen, die mir sehr wichtig sind. Im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung, auch was die Demonstration angeht, die hier vor dem Landtag stattfinden soll, ist das eine, dass wir aufpassen müssen, dass Salafisten nicht mit Musliminnen und Muslimen in einen Topf geworfen werden, die hier friedlich leben und für Rechtsstaatlichkeit eintreten. Das ist das eine. Ich glaube, da sind wir uns auch einig.

Das andere ist – auch da hoffe ich auf eine große Einigkeit, vielleicht auch bei der Demo am kommenden Montag vor dem Landtag –, dass es Personen und Gruppierungen nicht gelingen darf, unter dem Deckmantel, gegen Salafismus zu sein, mit Ressentiments gegen Musliminnen und Muslime Hass zu schüren. Da hoffe ich auf eine große Einigkeit dieses Parlaments, weil ich meine, wir haben ganz aktuell wirklich eine Bedrohungslage, indem versucht wird, auch wieder ausgehend vom Rechtsextremismus, unsere Gesellschaft zu spalten. Ich hoffe, dass wir uns gemeinsam dagegen engagieren. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schäffer. – Die Piratenfraktion wird jetzt vertreten von Herrn Schatz.

Dirk Schatz (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt stehen wir schon wieder hier. Ein weiteres Jahr ist um. Es ist schon fast unglaublich, wie schnell die Zeit vergeht, wenn man älter wird.

(Heiterkeit von der SPD)

– Sie lachen. Für Sie ist ein Jahr wahrscheinlich so viel wie für mich ein Monat. Na ja, letztlich muss man festhalten: Viel zum Positiven geändert hat sich in der letzten Zeit nicht. Einiges hat sich sogar eher verschlechtert. Wenn wir uns gleich einmal den Bereich der Flüchtlinge anschauen, dann ist „verschlechtert“ vermutlich das falsche Wort; denn schlecht war es schon die ganze Zeit. In diesem Jahr ist nun ganz deutlich zutage getreten, dass dort schon über Jahre hinweg geschlachtet wurde.

Zugegebenermaßen muss man auch einfach sagen, dass Herr Minister Jäger es beim Haushalt nicht leicht hat. Bei einem Gesamtvolumen von etwas mehr als 5,1 Milliarden € im Einzelplan 03 gehen mehr als 3,8 Milliarden €, also mehr als 75 % des Etats, allein für das Personal drauf. Hinzu kommen noch die nicht variablen Sachkosten. Unter dem Strich bleibt dann nicht viel, mit dem man wirklich kalkulieren und etwas bewegen kann.

Aber warum ist das so? Der Finanzminister ist offenbar nicht gewillt, Ihnen mehr Geld in die Hand zu geben, mit dem Sie endlich die Probleme in Ihrem Bereich vernünftig angehen könnten.

Ich kann das allerdings ein Stück weit nachvollziehen. Warum sollte er Ihnen auch mehr Geld geben, jemandem, der es versteht, sich die ganze Zeit selbst zu inszenieren, jemandem, der ressourcenfressende und damit teure Blitzmarathons veranstaltet, jemandem, der mit ebenso sinnfreien wie teuren Aktionen gegen Rocker und Einbrecherbanden vorgaukelt, er würde etwas gegen diese Art der Kriminalität unternehmen, das alles aber in Wirklichkeit nur als groß angelegte PR-Masche in eigener Sache nutzt? So jemandem noch mehr Geld in die Hand zu geben, würde vermutlich nur dazu führen, dass er es für noch mehr PR aus dem Fenster schmeißt, statt es für sinnvolle Maßnahmen auszugeben.

(Beifall von den PIRATEN)

Dafür, dass Sie nicht in der Lage sind, Ihr Budget vernünftig einzusetzen, haben Sie in diesem Jahr die Quittung bekommen mit einem Flüchtlingsskandal, der weltweit seinesgleichen sucht. In einem Bereich, in dem es auch und vor allem um Menschenwürde geht, haben Sie sich für den billigsten und nicht für den besten Betreiber entschieden, einen Betreiber namens European Homecare, der für die Sicherheit der ihm anvertrauten Flüchtlingsheime mit Subunternehmen zusammenarbeitet, die Rechte und Kriminelle beschäftigen,

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

einem Betreiber, an dem Sie trotz all der Vorfälle noch immer festhalten, weil Sie lieber auf das Geld statt auf die Menschenwürde achten.

Ja, an dieser Stelle will ich natürlich nicht unerwähnt lassen, dass Sie im Bereich Flüchtlinge für 2015 eine Erhöhung von 77 Millionen € vorgenommen haben. Aber das war auch bitter nötig nach all den Jahren, in denen Sie diesen Bereich trotz der Warnungen von allen Seiten, auch trotz unserer Warnungen, viel zu sehr vernachlässigt haben. Was sind schon 77 Millionen € nach all den Jahren der Misswirtschaft? Damit sind Sie nicht einmal in der Lage, das Mehr an Flüchtlingen, das in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird, in den Griff zu bekommen.

Das Schlimme an der Sache ist eigentlich eher die Tatsache, dass Sie das Geld ja nicht zur Verfügung gestellt haben, weil Sie es wollten, sondern nur aufgrund des öffentlichen Drucks. Ich wette mit Ihnen: Wäre der Skandal nicht öffentlich geworden, stünden heute keine 77 Millionen € zusätzlich zur Verfügung.

Also auch hier, Herr Minister, setzt sich Ihr Handlungsmuster fort: Geld für menschenwürdige Unterbringung ja, aber nur, wenn es Ihnen PR bringt oder aber zumindest schlechte PR wieder ein bisschen glattbügelt.

Dabei bräuchten wir in NRW eine echte flüchtlingspolitische Wende. Dafür soll zum Beispiel auch unser Antrag zur Förderung der dezentralen Unterbringung in Wohnungen sorgen. Viele Städte in NRW machen es bereits vor und bescheinigen, dass die dezentrale Unterbringung viel humaner ist. Sie bescheinigen auch – Herr Minister, jetzt hören Sie genau zu –, dass dezentrale Unterbringung kostengünstiger ist. Da können Sie also noch etwas sparen. Das ist doch super.

Die Umsetzung dieses Antrages würde garantieren, dass das Geld bei denen ankommt, für die es vorgesehen ist. Bilder von überfüllten Einrichtungen und Problemen rund um die Einrichtungen können so vermieden werden und setzen sich in den Köpfen der Anwohner nicht fest. Mit dem Geld, das damit gespart wird, können Sie mehr für Flüchtlinge tun, ohne dass Sie tatsächlich mehr ausgeben müssen. Das könnte dann zum Beispiel in die Förderung der Arbeit des Flüchtlingsrates in NRW gesteckt werden. Seit dem Haushaltsjahr 2011 wurde der Ansatz bei diesem Titel nicht mehr erhöht. Deshalb sollte dieser Haushaltsansatz ebenfalls um 70.000 € gesteigert werden. Der Flüchtlingsrat ist das Sprachrohr der Flüchtlinge in NRW.

Seit zwei Jahren nimmt der Flüchtlingsrat aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen immer mehr Aufgaben wahr, zum Beispiel wird er auch die Aufarbeitung der Misshandlungen in den Landesaufnahmen begleiten. Schon allein wegen dieser schrecklichen Vorfälle hat sich die Arbeitsbelastung für den Flüchtlingsrat noch einmal massiv erhöht.

Ein weiteres Problem in NRW ist die mangelnde Betreuung, Versorgung und Beratung der Flüchtlinge in ihren medizinischen, sozialen, rechtlichen und psychologischen Belangen. Auch dort muss mehr investiert werden.

Wenn wir über den Haushalt im Bereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales reden, dann kommen wir natürlich nicht daran vorbei, auch über die Polizei zu sprechen, ein Posten, der in der Gesamtsumme, inklusive der Versorgung der pensionierten Beamten, über 70 % des Gesamtetats ausmacht. Das kann nicht außen vor bleiben.

Hier hat der Minister ein echtes Problem. Auf der einen Seite ist er durch das Spardiktat seines Fi-

nanzministers gezwungen, zu sparen oder zumindest nicht mehr auszugeben, als er es jetzt schon macht. Auf der anderen Seite kriechen seine Polizeibeamten in vielen Bereichen personell aber auf dem Zahnfleisch. Die Hundertschaften sind überlastet, viele Dienstgruppen können an manchen Tagen nicht einmal mehr ihre Sollstärken erfüllen, Einbruchskriminalität wird nur noch verwaltet und nicht mehr aufgeklärt, um nur drei Bereiche zu nennen, in denen es mehr als brennt.

Eigentlich müssten massiv Neueinstellungen erfolgen, aber wie, wenn Sie derart sparen müssen. Gleich werden Sie wieder davon reden, wie toll Sie doch sind, und dass Sie schon 1.500 Neueinstellungen jedes Jahr vornehmen. Aber damit gleichen Sie noch nicht einmal den demografischen Schwund der nächsten Jahre aus. Das heißt, auch mit jährlich 1.500 Neueinstellungen wird die individuelle Belastung für jeden einzelnen Polizeibeamten weiter zunehmen. Selbst wenn Sie mehr einstellen könnten, hätten Sie nicht einmal ausreichend geeignete Bewerber. Selbst bei der jetzigen Einstellungszahl ist die Bewerberzahl zumindest sehr grenzwertig.

Schon deshalb fordern CDU und Piraten seit Beginn der Legislaturperiode, den Polizeidienst auch für Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss wieder zugänglich zu machen, was im Übrigen auch Ihre Überlegung unterstützen würde, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Polizeidienst zu bekommen.

Die Mehrbelastung von der ich eben sprach, führt letztlich in einen Teufelskreis, aus dem Sie irgendwann nicht mehr herauskommen werden. Schon jetzt stellt die hohe Krankenquote innerhalb der Polizei ein sehr großes Problem im Bereich der Personalwirtschaft dar. Was glauben Sie, was passiert, wenn die individuelle Belastung noch weiter zunimmt? – Es wird mit Sicherheit die Zahl der Kranken nicht weniger werden, sie werden eher steigen. Die Belastung nimmt weiter zu, und der Kreis schließt sich erneut. Und so geht es immer weiter.

Wenn Sie es heute schaffen würden, die Krankenquote um die Hälfte zu senken, hätten wir auf einen Schlag tagtäglich ungefähr 1.500 bis 2.000 aktive Polizeibeamte mehr in den Behörden. Das hört sich zunächst einmal viel an. Wenn man sich die Krankenquoten bei der Polizei allerdings anschaut, und dann feststellt, dass sie nicht selten mehr als doppelt so hoch ist wie der Durchschnitt in der freien Wirtschaft, dann ist eine Reduzierung um die Hälfte ein durchaus erreichbarer Wert. Dazu wäre jedoch zunächst einmal ein modernes Gesundheitsmanagement erforderlich. Aber wirkliche Bemühungen in diesem Bereich kann ich bei Ihnen nicht erkennen.

Ein weiterer Vorschlag, Personal einzusparen und dieses dann an anderer Stelle sinnvoll einzusetzen, den wir seit Beginn unseres Einzuges in den Land-

tag machen: Überdenken Sie endlich Ihre Einstellung im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität. Damit könnten wir laut Ihrer eigenen Antwort auf die Große Anfrage 4 der CDU jeden Tag fast 470 Beamte in anderen Bereichen sinnvoll einsetzen. Selbst Rainer Wendt, der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, der politisch eher dunkelschwarz ist, hat erkannt, dass es der richtige Weg ist – nur Sie nicht.

Stattdessen verteilen Sie lieber Maulkörbe an Polizeipräsidenten, die sich mit dem Thema wirklich auskennen und seit Jahren intensiv damit beschäftigen. Aber daran muss man sich wohl gewöhnen. Wie ich gehört habe, verteilen Sie jetzt schon Maulkörbe an Kreistage.

Manchmal ist es doch auch für Sie gar nicht so schwer, unseren Vorschlägen zu folgen. Ich möchte aus dem Plenarprotokoll der Haushaltsrede für das Jahr 2013 zitieren, dort sagte mein Kollege, Frank Herrmann:

Herr Minister Jäger, Sie klagen ständig über die hohen Kosten für immer mehr Polizeieinsätze bei Fußballspielen. Versuchen Sie doch einmal mit einer Deeskalationsstrategie.

Daraufhin wurde vom Sitzungsdokumentarischen Dienst eingefügt: Beifall von den Piraten – und, jetzt kommt es –: Lachen von Minister Ralf Jäger.

Damals haben Sie gelacht, heute wissen Sie, dass wir recht hatten. Denn heute machen Sie es genau so, wie wir es vorschlugen. Das ist auch gut so,

(Beifall von den PIRATEN)

weil es einfach richtig ist. Glauben Sie mir, auch unsere anderen Vorschläge sind richtig.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Was hast du denn für Berater?)

Jetzt reden wir noch ein wenig über die Anträge der CDU. Die CDU hat gebeten, ihre Anträge bei diesem Punkt mit zu verhandeln. Dazu möchte ich nur kurz etwas zu den Beratungen aus dem Ausschuss sagen. Der Antrag zur Demografieentwicklung wird von unserer Seite abgelehnt. Die Streckung des Zeitraums von drei auf fünf Jahre hat genauso viele positive wie negative Auswirkungen auf den Verteilungsmechanismus. Daher ist die Richtung zu einseitig.

Den zweiten Antrag zur Steuererhöhungsspirale teilen wir. Rot-Grün dreht hier an jeder Steuerschraube. Da, wo Sie nicht direkt eingreifen können, zwingen Sie indirekt, wie über den Stärkungspakt, andere dazu, dem zwangsweise nachzueifern. Hier müssen wir ein Augenmerk auf die Entwicklung richten. Ihr Antrag erhält von uns ein positives Votum. In diesem Sinne bedanke ich mich und wünsche noch einen schönen Abend.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schatz. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Traditionsgemäß bildet der Einzelplan 03 in weiten Teilen das ab, was ausgabenmäßig in die Sicherheit unseres Landes investiert wird. Das bleibt auch im kommenden Jahr so der Fall. Wie bereits im aktuellen Haushalt nimmt der Polizeibereich dabei rund die Hälfte in Anspruch.

Ich finde, das ist erst einmal ein wichtiges Zeichen an die Polizeibeamtinnen und -beamten, an die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen, aber vor allem an die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land: An der Sicherheit wird in Nordrhein-Westfalen nicht gespart.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 03 ist ein personalintensiver Haushalt. 5,22 Milliarden €, 75 % davon sind Personalausgaben. Rund die Hälfte dieser Ausgaben des Personalhaushaltes nimmt unsere Polizei in Anspruch.

Diese Landesregierung hat sich zur Aufgabe gemacht, ein durchgehend hohes Niveau bei der Einstellung von Kommissaranwärterinnen und -anwärttern zu gewährleisten. Hätte eine solche Vorsorge doch immer Platz gegriffen in diesem Parlament, hätte es in den vergangenen Jahren, in den Vorgängerregierungen doch auch diesen Mut gegeben, sich diesem demografischen Wandel zu stellen. Wir hätten deutlich weniger Probleme vorgefunden, als das der Fall gewesen ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

22 zusätzliche Einstellungsermächtigungen dafür, dass wir erfahrene Beamte dem Verfassungsschutz zur Verfügung stellen. Darauf will ich gerne gleich zu sprechen kommen. Unterm Strich bedeutet das: 1.522 Einstellungsermächtigungen für unsere Polizei im nächsten Jahr. Es möge der aufzeigen, der sich daran erinnern kann, dass es seit Existenz der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen jemals eine so hohe Einstellungsanzahl gegeben hat.

Übrigens, Herr Orth, Sie machen sich Sorgen um das Eigentum der Menschen in diesem Land, machen weniger gute, ja ich behaupte, auch schlechte Vorschläge dazu. Nehmen Sie zur Kenntnis: Im Gegensatz zum Bundestrend sinken die Einbruchszahlen in Nordrhein-Westfalen zurzeit. Darauf sind wir nicht stolz, weil wir uns auf einem relativ hohen Niveau bewegen. Aber die Doppelstrategie, auf der einen Seite mit Repression insbesondere gegen international agierende Banden vorzugehen, und andererseits gemeinsam mit den Bürgern Präventionsmaßnahmen aufzulegen, Herr Dr. Orth, greift.

Der Einzelplan 03, meine Damen und Herren, umfasst insgesamt 1.885 Einstellungsermächtigungen, 377 Stellen für Auszubildende. Insgesamt zeigt das, wie ich finde, sowohl fürs Innenministerium als auch für den nachgeordneten Bereich eine Weitsicht im Umgang mit dem demografischen Wandel in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalens. Auch das unterscheidet uns maßgeblich von der Vorgängerregierung.

Ich will nur daran erinnern – damit das nicht im Rahmen diverser Legendenbildungen, die oftmals bei Haushaltsberatungen stattfinden, verloren geht: Unterm Strich haben wir etwas vorgefunden, bei dem mit der Axt durch die Stellenpläne gegangen wurde, imaginäre kw-Vermerke vorgehalten worden sind. Die Erfahrung musste uns leider zeigen, dass bei dieser Vorgehensweise die Vernunft und das Augenmaß auf der Strecke geblieben sind und die Landesverwaltung zutiefst in ihrer Handlungsfähigkeit zutiefst beschädigt wurde.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Frau Schäffer hat es vorhin angesprochen, ich habe es auch schon angedeutet: den Ausbau des Stellenbereiches insbesondere für die Bekämpfung des Salafismus. Das ist ein ernstes Problem. Es wird ein Schwerpunktthema der Innenministerkonferenz in der nächsten Woche in unserem Bundesland, in Köln, sein. Wir alle als Landesinnenminister teilen die Einschätzung des Bundesinnenministers, dass wir eine ernste Lage haben, dass wir, ausgehend von dieser dynamisch wachsenden extremistischen Strömung in der Tat eine abstrakte Anschlagsgefahr haben – hier in Nordrhein-Westfalen, aber auch in ganz Deutschland. Deshalb müssen wir alle miteinander parteiübergreifend reagieren und agieren.

Ich glaube, zu Recht sagen zu dürfen: Ich danke ausdrücklich den regierungstragenden Fraktionen für ihren Vorschlag, diesen Personalbereich noch einmal zusätzlich aufzustocken. Insgesamt werden wir im nächsten Jahr 29 weitere Menschen im Verfassungsschutz zur Bekämpfung dieses Phänomens einsetzen können. Das ist dringend erforderlich, weil die Zahlen nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit dynamisch gewachsen sind.

Meine Damen und Herren, neben dem Weg der Repression gehen wir mindestens mit gleichem Augenmerk einen weiteren Weg, und der heißt Prävention. Dass wir betreffend den Salafismus mit unserem Projekt „Wegweiser“ bundesweit Vorreiter sind, das wird übrigens auch Thema in der nächsten Woche bei der Innenministerkonferenz sein. Meine Kolleginnen und Kollegen haben großes Interesse daran, den nordrhein-westfälischen Weg kennenzulernen und möglicherweise zu kopieren, da wir bereits erste Erfolge darin verbuchen, im Dialog mit der Zivilgesellschaft denjenigen, die vom Abglei-

ten in diesen Extremismus bedroht sind, mit Präventionsprojekten entgegenzutreten.

Prävention bleibt ein Stichwort für den Einzelplan 03, insbesondere was unsere Projekte „Kurve Kriegen“ und „klarkommen! Chancen bieten durch Prävention vor Ort“ angeht, die dazu dienen, Kindern und Jugendlichen einen Weg aufzuzeigen, nicht in Gewalt, nicht in Kriminalität abzugleiten und auf dem rechten Weg zu bleiben, die Kurve zu kriegen. Ich bin davon überzeugt, meine Damen und Herren: Investition in Präventionen ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes und in die Sicherheit unseres Landes.

Meine Damen und Herren, wichtiger Bestandteil dieses Einzelplans 03 ist das Asyl-Kapitel. Ich verweise darauf, dass wir in den letzten drei Jahren unglaubliche Anstrengungen unternehmen mussten, um Flüchtlinge in diesem Land adäquat unterbringen zu können: eine Verdreifachung der Aufnahmekapazitäten in den Einrichtungen des Landes, Mehrausgaben in Höhe von 92 Millionen € fallen an, insbesondere für die Mittel zur Impfung der Flüchtlinge, für zusätzliche Unterkünfte, für zusätzliche Stellen in der zuständigen Bezirksregierung. Das sind plus 92 Millionen €. Darin sind noch nicht die Gelder eingerechnet, die wir auf dem Flüchtlingsgipfel gemeinsam vereinbart haben. Sie sind gesondert in den Anträgen ausgewiesen.

Meine Damen und Herren, es ist eine Herausforderung, diese Zahl von Flüchtlingen in diesem Land menschenwürdig unterzubringen, aufzunehmen und zu integrieren – eine gemeinsame Aufgabe des Landes und der 396 Kommunen. Wir sind für jeden konstruktiven Vorschlag dankbar, wie wir diese Herausforderung gemeinsam bewältigen können.

Verbunden mit den Beratungen zum Einzelplan 03 ist auch die zweite Lesung zum GFG 2015 sowie von zwei Anträgen in diesem Zusammenhang vonseiten der CDU. Ich würde gerne kurz wegen der begrenzten Redezeit auf drei Dinge aufmerksam machen wollen.

Erstens. Die kommunalen Spitzenverbände, sozusagen das Sprachrohr unserer 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen, schätzt sehr die Vorgehensweise dieser Landesregierung, nämlich gemeinsam im Dialog das GFG weiterzuentwickeln, die FiFo-Vorschläge aus dem Gutachten vernünftig anzuwenden und einzubauen und dabei einige gewichtige Stellschrauben im Sinne der Kommunen zu verbessern und gerechter zu gestalten.

Zweitens – eine weitere Erkenntnis –: Die Anträge der CDU-Fraktion lösen bei diesen gerade genannten kommunalen Spitzenverbänden keine Jubelstürme aus – ganz im Gegenteil.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] und Britta Altenkamp [SPD])

Der Antrag auf Verlängerung des Demografiefaktors von drei auf fünf Jahre bedeutet nichts anderes, als die tatsächliche Einwohnerentwicklung von Ursprungsdaten der Einwohnerzahlen abzukoppeln. Das Gleiche gilt übrigens auch bei Ihrer Forderung, die fiktiven Hebesätze abzusenken. Auch das ist nur ein Versuch, meine Damen und Herren,

(Kai Abruszat [FDP]: Ein guter Versuch!)

sich von der Realität weiter zu entfernen und sich im GFG eine Scheinwelt aufzubauen. Das nutzt unseren Kommunen gar nichts.

Die dritte Erkenntnis, meine Damen und Herren: Dieser Finanzausgleich, so wie wir ihn vorschlagen, ist gerecht, ist im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden weiterentwickelt worden. Dieses System hat sich bewährt und hat mehrfach den Stress-test vor unserem Verfassungsgerichtshof in Münster bestanden. Darauf sind wir ein Stück stolz. Wir sind auch stolz darauf, dass wir den Kommunen jetzt die höchste Ausgleichsmasse aller Zeiten in der Größenordnung von 9,6 Milliarden € zur Erledigung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellen können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zusammengefasst sind das gute Nachrichten für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und für die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Gemeindefinanzierungsgesetz hat nicht die Aufgabe, eine absolute Verteilungsgerechtigkeit zu erzeugen. Aber ein Gemeindefinanzierungsgesetz hat die Aufgabe zu haben, für eine hinreichende Gerechtigkeit zu sorgen. Und genau das schaffen Sie in diesem Jahr erneut nicht:

(Beifall von der CDU)

weder mit dem kommunalen Finanzausgleich noch mit dem Stärkungspakt und erst recht nicht mit dem Kommunal-Soli.

Wir haben es heute Morgen schon mehrfach gehört: Nordrhein-Westfalen hat den höchsten Kommunalisierungsgrad aller Länder. Auch mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz, das wir heute beraten, wird es erneut nicht gelingen, die Ausgabenanstiege in den kommunalen Haushalten zu begrenzen. Die Kassenkredite nehmen inzwischen schwindelerregende Höhen an.

Auch wenn dieses Gemeindefinanzierungsgesetz mehr als 9 Milliarden € in die Städte und Gemeinden umverteilt, wird es wie die Gemeindefinanzierungsgesetze der Vorjahre nicht dazu führen, dass die Kommunen sagen können: Wir sehen Licht am Ende des Tunnels. Wenn Sie einen Bürgermeister oder einen Landrat finden, der Ihnen das ernsthaft sagt, sieht der eher die Lichter des entgegenkommenden Zuges.

(Beifall von der CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen, die Mitglied im Stärkungspakt sind, spüren das am meisten. Sie haben es versäumt, die Zahlungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz für diese Kommunen einzufrieren, sodass sie noch jetzt gegen die Umverteilung aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz ansparen müssen.

Vierorts gelingt es nicht nur den Stärkungspaktkommunen nicht, Finanzierungsüberschüsse zu erzielen, um damit endlich einmal Kredite zurückzuzahlen. Zusätzlich verschärfen Sie die Situation für die Kommunen, die trotz Haushaltssicherungskonzept und hohen Schulden den jährlichen Zahlungen des Kommunal-Solis gegenüberstehen und für einen Stärkungspakt zahlen müssen, der schlussendlich nicht wirken wird, weil er nicht wirken kann.

Viele Städte sehen sich – da sind wir wohl fraktionsübergreifend einer Meinung – einem Dilemma ausgesetzt: deutlich veränderte gesellschaftliche Strukturen, eine Bevölkerung, die weniger und älter wird und andere Bedürfnisse an Stadtinfrastrukturen hat als frühere Generationen. Gleichzeitig haben wir in diesen Städten und Gemeinden eine schwierige wirtschaftliche Situation. In einem nächsten Schritt haben genau diese Städte und Gemeinden nicht den nötigen finanziellen Spielraum, um ihre Städte an diese geänderten Bedürfnisse anzupassen.

Deswegen kommen Sie als SPD und Grüne einer Aufgabe, die dieser Landtag hat, nicht nach. Denn dieser Landtag muss auch für gleichwertige Lebensverhältnisse im Land Nordrhein-Westfalen sorgen. Wenn Sie in das Land gucken, sehen Sie, dass wir heute dort, wo die Bedingungen am schlechtesten sind, die höchsten Grund- und Gewerbesteuern haben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

So eine Ungerechtigkeit kann doch nicht ernsthaft das Ziel von Politik sein, ohne diese Ungerechtigkeit am Ende über ein Gemeindefinanzierungsgesetz auszugleichen.

(Beifall von der CDU)

Genau vor diesem Hintergrund haben wir dafür geworben, den Demografiefaktor im Gemeindefinanzierungsgesetz anzupassen. Denn die Städte und Gemeinden, die vor diesen immensen Herausforderungen stehen, kommen mit den üblichen Mechanismen, die wir im Gemeindefinanzierungsgesetz

haben, nicht zurecht. Deshalb war es der Ansatz der CDU, eine Veränderung herbeizuführen, um diesen Städten und Gemeinden beizuspringen und deutlich zu machen, wir lassen sie mit diesen Anpassungserfordernissen am Ende nicht alleine.

Wir haben einen weiteren Vorschlag unterbreitet, wie der stetige Anstieg der kommunalen Steuersätze zumindest gedämpft werden kann. Aber Sie lehnen diesen Weg ab. Gleichzeitig zeigen Sie aber auch keine Alternative auf, in welche Richtung es gehen soll. Denn mit der Politik, die Sie mittelbar durch den Stärkungspakt ausgelöst haben, steigen Mieten und Preise weiter, und zwar immer schneller, und am Ende trifft es insbesondere Bürgerinnen und Bürger, Familien und Alte im unteren und mittleren Einkommenssegment. Das sind doch eigentlich die, für die Sie zumindest immer lautstark versuchen, Politik zu machen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Sie haben in der Tat mit dem GFG einige der im FiFo-Gutachten vorgeschlagenen Änderungen umgesetzt. Aber es bleibt bei den strukturellen Schwächen dieses Gemeindefinanzierungsgesetzes. Vor diesem Hintergrund werden wir es ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war nicht ungeschickt von der CDU, Kollegin Scharrenbach nach vorne zu schicken, weil sie als Person mit den Lasten der Vergangenheit nicht besonders viel zu tun hat. Aber es ist trotzdem schon ein dreistes Stück, was die CDU hier insbesondere im Hinblick auf die finanzschwachen Kommunen in unserem Land aufführt, um ihren Irrweg auch noch mit den Änderungsanträgen zum GFG zu begründen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur sagen: Da bleibt einem die Spucke weg. Wir haben Gott sei Dank mit 9,6 Milliarden € die höchste Masse im Gesetz, und – erster Unterschied zu Ihrer alten Politik – wir lassen den Kommunen das Geld und befrachten dieses GFG nicht mit einem Stabilisierungsbeitrag zugunsten des Landeshaushalts. Das ist noch nicht so lange her, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Darüber hinaus haben wir seinerzeit den Kommunen die Grunderwerbsteueranteile zurückgegeben. Auch das hat bei Ihnen offensichtlich irgendwo in Ihrem Langzeitgedächtnis nicht so stattgefunden. Denn die heute selbsternannten besten Freunde der Kommunen hatten seinerzeit den Kommunen

gegenüber nicht weniger, aber auch nicht mehr als Steine statt Brot.

(Kai Abrusatz [FDP]: Och!)

Ich darf Ihnen ein paar Beispiele nennen – unvergessen –: Aufgabenverlagerung zulasten der Kommunen oder Aktionen wie „Politik der klebrigen Hände beim KiföG“ oder Einheitslasten oder Schädigung der Kommunalwirtschaft nach der Melodie „Privat vor Staat“.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Heute den Kommunalfreundlichen zu geben, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist schon sehr mutig.

Gekrönt wurde das seinerzeit – ich habe das Wort noch gut im Ohr – von der Aufforderung, einen sogenannten Mentalitätswechsel nach dem Motto „Ihr seid an eurem Elend selber schuld“ vorzunehmen. Sie haben damals die kommunalen Finanznöte nicht nur nicht ernst genommen, sondern die Kommunen veralbert. Ich stelle mit Anerkennung fest: Der Mentalitätswechsel hat stattgefunden. Zumindest räumen CDU und FDP heute ein, dass es bei unseren Kommunen ein strukturelles Problem gibt.

Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen: Manch einer wird dann Ihre Ankündigung, sich um die Kommunalfinzenzen mehr kümmern zu wollen, eher als Drohung denn als Versprechen verstehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Von daher ein paar Fakten: Bei der Regierungsübernahme durch Rot-Grün waren 138 Kommunen im Nothaushalt. Im vergangenen Jahr waren es noch vier.

(Zuruf von Kai Abrusatz [FDP])

– Ach, Herr Abrusatz, zu Ihnen komme ich gleich noch. Ihnen erspare ich gleich ein bisschen Ihrer eigenen Redezeit.

Wir haben den Kommunen bis heute 3,15 Milliarden zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, entschuldigen Sie. Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuper zulassen?

Hans-Willi Körfges (SPD): Ja, mit großer Freude. Das verlängert meine Redezeit.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: So würde ich es nicht ausdrücken. Sie kennen die Regeln.

André Kuper (CDU): Herr Kollege Körfges, Sie hatten gerade auf die Veränderung in der Zahl der Nothaushaltskommunen hingewiesen. Ist es richtig, dass diese Veränderung nicht darauf zurückzuführen ist, dass man den Kommunen strukturell einen

Euro mehr gegeben hat, sondern dadurch, dass Sie die entsprechenden Paragraphen geändert haben?

(Kai Abrusatz [FDP]: Bilanztrick!)

– „Bilanztrick“ war hier angesprochen. Dadurch hat sich die Zahl der Nothaushaltskommunen deklaratorisch verändert. Aber durch die Abnahme der Zahl der Nothaushaltskommunen ist es bei der Zahl der Haushaltssicherungskommunen zu einem entsprechenden Anstieg gekommen.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Kollege, wenn Sie auf die Änderung des § 76 der Gemeindeordnung anspielen, kann ich Ihnen nur sagen: Uns ist es gelungen – im Gegensatz zu Ihnen seinerzeit –, den Kommunen Handlungsfähigkeit zurückzugeben und

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

in den Kommunen die Entscheidungen über eigene Anstrengungen wieder möglich zu machen. An der Stelle sind Sie doch gerade durch die Zwischenfrage übelst enttarnt worden. Sie haben seinerzeit nichts unternommen, um den Kommunen zu helfen. Nein, Sie haben Wegelagererei und Taschendiebstahl bei unseren Kommunen veranstaltet

(Zurufe von der FDP: Oh!)

und machen hier heute Folgendes: Statt sich der Verantwortung für vergangenes Tun zu stellen, unterbreiten Sie völlig untaugliche Vorschläge.

Der Kollege Abrusatz weist ja immer auf die Vergangenheit hin und meint, dass die Absenkung – das ist ein Mantra, das Sie hier regelmäßig aufsagen –

(Zuruf von Kai Abrusatz [FDP])

der Verbundquote ein Sündenfall gewesen sei.

(Kai Abrusatz [FDP]: Absolut richtig!)

Das ist intellektuell unredlich, Herr Kollege, und unsauber argumentiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn das denn aus Ihrer Sicht so war, dann frage ich mich: Warum haben Sie von 2005 bis 2010 da nichts geändert?

(Kai Abrusatz [FDP]: Finanzkrise!)

Warum stellen Sie heute keine entsprechenden Haushaltsanträge?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer Dreisatz kann, Herr Kollege, ist im Vorteil.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Ein Punkt Verbundsatz sind 417 Millionen. Ich warte auf Ihre Anträge. So lange kann ich das nur als plumpes Ablenkungsmanöver von eigenem Versagen verstehen, was Sie hier aufführen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Kai Abruszat [FDP])

Dann komme ich zu den tollen Anträgen der Kolleginnen und Kollegen der CDU. – So dumm sind die Leute in den Kommunen nicht. Ich gehe davon aus, Sie verkennen das, weil Sie es nicht besser wissen, oder Sie ignorieren ganz bewusst, dass es sich beim GFG um kommunizierende Röhren handelt. Wer da allen Ernstes denjenigen, denen es am schlechtesten geht, die Absenkung der fiktiven Hebesätze empfiehlt, liebe Kolleginnen und Kollegen, der will eine Umverteilung zulasten der Schwächeren. Das müssen Sie der kommunalen Familie mal sagen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

An der Stelle ist es auch erklärlich, dass ähnlich wie beim Demografiefaktor der Jubel zu Ihren Vorschlägen in der kommunalen Familie so richtig gar keinen Anfang nehmen wollte.

Ich sage Ihnen, was man machen muss. Da haben wir Sie gerne an unserer Seite. Wir müssen den Druck auf den Bund aufrechterhalten bezogen auf die Soziallasten.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir müssen dort, wo es darum geht, die Kommunen zu unterstützen, konkrete Aufgaben – auch über das GFG hinaus – zu übernehmen, zum Beispiel in den Bereichen Nahmobilität, Inklusion, Bildung und Städtebauförderung, an der Seite der Kommunen sein, hier Anträge stellen, aber nicht wohlfeile Reden ohne jede Konsequenz halten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir nehmen Geld in die Hand. Ich meine, wir stellen nachhaltig unter Beweis, dass die kommunalfreundliche Politik der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen dazu führt, dauerhaft auch den Kommunen wieder eine eigene Entscheidungsperspektive zu geben. Darauf sind wir stolz. Wir sind stolz darauf, dass wir in diesem Jahr mit 9,6 Milliarden € eine Steigerung um 2,1 % beim GFG verzeichnen können.

Zu Ihrer Zeit gab es auch Steigerungen, aber die haben nicht die Kommunen zur Konsolidierung verbrauchen können, sondern die haben sich seinerzeit CDU und FDP in den Landeshaushalt einverleibt. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir stehen für Kommunalfreundlichkeit – im Gegensatz zu Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie sind alles andere als kommunalfreundlich!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Abruszat das Wort.

Kai Abruszat (FDP): Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Lieber Herr Kollege Körfges, nun setzen Sie sich erst einmal hin und bleiben Sie ganz entspannt. Das, was Sie hier an Textbausteinen seit Jahren in diesem Landtag vortragen,

(Beifall von der FDP und der CDU)

ist nur noch langweilig. Sie regieren hier seit über vier Jahren, und ich sage Ihnen eines: In Österreich, Herr Kollege Körfges, heißen die Berge Alpen. In Nordrhein-Westfalen bei den Kommunen heißen die Berge Schulden. Sie regieren seit viereinhalb Jahren. Das sind also Ihre Schulden. Das ist Ihre Verantwortung. Ich erkläre Ihnen gleich, warum.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diese Schönrederei! Fangen wir mal mit dem GFG an! Sie reden hier von einem sogenannten Rekord-GFG. Ja, das ist richtig. Es ist ein Rekord-GFG. Aber das ist doch nicht Ihr Verdienst. Das ist das Verdienst der fleißigen Arbeitnehmer, der fleißigen Unternehmen, die diese Steuern erwirtschaften,

(Beifall von der FDP und der CDU)

die Sie dann verteilen.

Im Übrigen gleicht die Steigerungsrate, meine Damen und Herren, Herr Kollege Körfges, beim GFG doch überhaupt nicht das aus, was sich an Soziallasten weiter auftürmt. Das ist in der Masse ein völlig unzureichendes GFG. Das wissen Sie auch.

Wenn Sie mir das nicht glauben, Herr Körfges, dann gehen Sie mal vom schönen Niederrhein aus Mönchengladbach in das Ruhrgebiet. Dann schauen Sie mal, wie dort die Stimmung in Ihrer eigenen Partei ist. Sie wissen, was Ihre eigenen Oberbürgermeister sagen. Ihre eigenen Oberbürgermeister sagen nämlich: Geliefert wurde noch nicht. – Das sagte Ullrich Sierau, der Oberbürgermeister von Dortmund, in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 18. November.

Frank Baranowski, der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, sagte am 10. November: Die Herausforderungen des Ruhrgebiets werden in Düsseldorf und Berlin unzureichend berücksichtigt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Genauso ist das!)

Sören Link ist ein ehemaliger Landtagskollege und jetzt Oberbürgermeister von Duisburg, Ihrer Heimatstadt, Herr Kollege Jäger, in der jetzt die Grundsteuer B bei 855 Punkten ist. Da wollen Sie mir erzählen, das sind tolle kommunale Finanzen?

(Beifall von der CDU)

Sören Link sagt: Es ändert sich nichts, obwohl wir um Hilfe rufen.

Also, wie Sie beide sich hierhin stellen können, Herr Kollege Körfges und Herr Jäger, und uns erzählen wollen, bei den kommunalen Finanzen sei alles prima und wir seien auf einem guten Weg, ist wirklich Realitätsverweigerung pur.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn die Lage der kommunalen Finanzen ist alarmierend wie nie zuvor. Die Verschuldung ist exorbitant gestiegen. Jetzt kommen wir einmal zu Ihrer Regierungszeit, lieber Herr Kollege Körfges.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Abruszat, der von Ihnen gerade angesprochene Herr Kollege Körfges würde Ihnen gerne eine Frage stellen. Lassen Sie diese zu?

Kai Abruszat (FDP): Wunderbar, immer gerne. – Da wir uns immer gerne duellieren, freue ich mich auf Ihre Zwischenfrage.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Dann freuen wir uns jetzt mit. Bitte.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Kollege Abruszat, ich befürchte, Sie werden auch diesmal wieder den Kürzeren ziehen.

Ich darf Sie fragen, welche konkreten Haushaltsanträge zur Behebung der von Ihnen geschilderten Misere Sie uns bis jetzt vorenthalten haben.

Kai Abruszat (FDP): Das ist aber eine sehr schöne Frage, Herr Kollege Körfges, weil sie nämlich das Scheitern Ihrer eigenen Regierung und Ihrer eigenen Kommunalfinanzpolitik belegt. Wenn Sie diese Frage stellen, dann reicht das Volumen des Gemeindefinanzierungsgesetzes offensichtlich nicht aus.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich kann Ihnen sagen: Die FDP-Landtagsfraktion hat seit 2012 ein Investitionsprogramm für die Kommunen in dem eigenen Haushaltsantragspaket, das Sie leider jedes Mal ablehnen. Sie sollten mehr lesen und sich auch damit befassen. Dann können wir gerne noch einmal darüber sprechen, Herr Kollege Körfges.

(Beifall von der FDP – Christof Rasche [FDP]: Nicht nur Dreisatz, auch lesen!)

Ich möchte Ihnen aber auch die Zahlen verdeutlichen, Herr Körfges, und in dem Zusammenhang nicht nur Sie, sondern auch Herrn Minister Jäger ansprechen.

Wir verzeichnen 60 Milliarden € Gesamtverschuldung und 25 Milliarden € Kassenkredite bei unseren

Kommunen. Ich glaube, Sie hätten eine Lichterprozession veranstaltet, wenn wir regieren würden und trotz Rekordsteuereinnahmen eine solch miserable kommunale Finanzbilanz vorzuweisen hätten. Das sind Ihre Bilanzen; diese müssen Sie auch ernst nehmen und müssen Konzepte entwickeln. Diese fehlen jedoch.

Denn in Ihrer Zeit, Herr Körfges, in diesen vier Jahren – inzwischen ist es etwas mehr –, sind die Kassenkredite um weitere 8 Milliarden € angewachsen. Wie gesagt: Allein in diesen vier Jahren Ihrer Regierungszeit sind sie um 8 Milliarden € angewachsen, und das in einem Zeitkorridor, in dem die Steuereinnahmen stetig stiegen.

Bis vor Kurzem konnten Sie immer noch schimpfen, der Bund müsse mehr tun. Jetzt regieren Sie im Bund. Was haben Sie im Bund gemacht? – Gucken Sie einmal in den Koalitionsvertrag. Dort ist nichts von den 5 Milliarden € zu sehen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Mittelfristige Finanzplanung! Lesen bildet!)

Im Jahr 2017 endet die Bundestagswahlperiode. Die Kommunen insbesondere im Ruhrgebiet ächzen unter den Schulden und den Soziallasten, und Ihre Regierungsbeteiligung in Berlin hat ihre Situation in keinster Weise verbessert. Das muss man in dem Zusammenhang einmal sagen. Diese Milliarde ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Reden Sie sich nicht heraus, sondern kümmern Sie sich um die entsprechenden Probleme unserer Kommunen.

Ich sage Ihnen eines ganz deutlich, Herr Kollege Körfges, weil Sie mich eben auch auf diese Weise angesprochen haben: Eher wird eine Kanalratte zum Küchenchef eines Gourmetrestaurants, als dass unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen Ihnen sagen, dass Sie alles richtig machen. Das sage ich Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen Satz zum Kommunal-Soli sagen. Da der Kollege Krüger gleich vielleicht noch darauf eingehen wird, würde ich ihm das gerne abnehmen.

Ich glaube, es war im Jahr 2011, als wir den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Zu dem Grundgedanken dieses „Stärkungspakts Stadtfinanzen“ steht meine Fraktion nach wie vor, weil es richtig war, ein Modell zu kreieren, Städten und Gemeinden, die in einer Vergeblichkeitsfalle sind, Unterstützung zu geben, allerdings – das ist völlig richtig – nur gegen harte Auflagen.

Was Sie aber mit dem Kommunal-Soli machen, was Sie den Kommunen aufbürden, die das jetzt mit zu bezahlen haben, führt letztendlich dazu, dass ins-

besondere kleinere Kommunen zusätzliche Schulden machen und Kassenkredite aufnehmen müssen, um diesen angeblichen, unter dem Deckmantel der Solidarität von Ihnen eingeforderten Beitrag zu leisten.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht der richtige Weg. Deshalb kann das GFG auch nicht unsere Zustimmung finden. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Abruszat, ich frage Sie, ob Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Abel zulassen, was ich fast vermute.

Kai Abruszat (FDP): Ja, gerne. Schließlich sind wir im Alphabet beide ganz weit vorne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Wunderbar. – Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich bin für den Tierschutz zuständig, und Ihr Vergleich mit der Kanalratte hat mich an einen Pixar-Film namens „Ratatouille“ erinnert. Ich weiß nicht, ob Ihnen der Film „Ratatouille“ der Pixar Animation Studios bekannt ist.

Die Handlung ist ganz einfach wiedergegeben: Eine Kanalratte leitet ein Sternerestaurant. Es ist ein sehr schöner Animationsfilm, der sogar mit einem Oscar ausgezeichnet wurde. Ist Ihnen dieser Film nicht bekannt, oder warum haben Sie diesen Vergleich gewählt?

(Heiterkeit)

Kai Abruszat (FDP): Das ist mir nicht bekannt.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Aber der Vergleich war super!)

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Das dachte ich mir. – Danke.

Kai Abruszat (FDP): Solche Filme gucke ich nicht. – Danke schön.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Obwohl ich zugeben muss, dass der Film in der Tat sehr empfehlenswert ist,

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

ohne aus meiner Rolle als unparteiischer Präsident heraustreten zu wollen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Aber es gibt auch andere schöne Zeichentrickfilme!)

Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Krüger das Wort. Bitte sehr.

Mario Krüger (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das war schon toll, was wir gerade vonseiten der FDP und der CDU gehört haben.

Herr Abruszat, in der Sachverhaltsdarstellung zum Stand der Kassenkredite sind wir uns schnell einig. Allerdings sollten Sie sich einmal ansehen, wie sich die Kassenkredite unter der damaligen, mittlerweile abgewählten CDU/FDP-Landesregierung entwickelt haben. Diese sind nämlich von 10 auf 20 Milliarden € angestiegen.

(Christof Rasche [FDP]: Immerhin!)

Das heißt, sie haben sich innerhalb eines Fünf-Jahres-Zeitraumes verdoppelt.

(Christian Lindner [FDP]: Weltwirtschaftskrise 2008!)

– Ja, Herr Lindner. Wenn Sie oder Ihr Kollege, Herr Abruszat, sich einmal den letzten Sachstandsbericht bezogen auf die Frage, wie sich die Finanzierungssituation in den Stärkungspaktkommunen entwickelt, angesehen hätten, dann hätten Sie sehr wohl erkannt, dass die Kreditaufnahmen rückläufig sind und die Dynamik an dem Punkt gebrochen ist.

Wir haben, Frau Scharrenbach, gesagt, dass wir das nicht innerhalb von ein, zwei Jahren geregelt bekommen. Das ist auf einen zehnjährigen Prozess angelegt. Nicht ohne Grund erwarten wir von den Stärkungspaktkommunen bis zum Jahr 2016 ausgeglichene Haushaltsergebnisse unter Einbeziehung der Hilfen des Landes und bis zum Jahr 2020 bzw. 2021 ausgeglichene Haushaltsergebnisse ohne Einbeziehung von Landesgeldern.

Es ist also ein längerfristig angelegter Prozess. Denn die Probleme, die wir in den kommunalen Haushalten haben – und dass die bestehen, brauchen wir gar nicht in Abrede zu stellen –, lassen sich nicht von heute auf morgen lösen.

Natürlich wäre es hilfreich, wenn der Bund seine Hausaufgaben machen würde, wenn Willi Körfges und seine Mannen dafür sorgen würden, dass wir früher als 2018 eine entsprechende Entlastung beispielsweise im Bereich der Eingliederungshilfe erhielten. Schließlich verzeichnen die Landschaftsverbände allein in diesem Bereich pro Jahr Kostensteigerungen von etwas mehr als 200 Millionen €, und das macht deutlich, in welchem Umfang die Kommunen belastet werden.

Ich möchte auch mit einem Vorurteil aufräumen, dieses Gemeindefinanzierungsgesetz und die Zuwächse seien kein Verdienst der Landesregierung, wie im Finanzausschuss vorgetragen. Es sei viel-

mehr ein Automatismus höherer Steuereinnahmen bzw. Zuweisungen aus den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. – Das ist nur die halbe Wahrheit.

Die andere Hälfte sieht so aus, dass wir aufgrund der Herausnahme der Befrachtungen sowie der Einbeziehung der Grunderwerbsteuer in 2015 410 Millionen € zusätzlich bereitstellen. Das unterscheidet uns von Ihnen bzw. von der früheren Landesregierung. Insgesamt machen alleine diese beiden Faktoren, also Herausnahme der Befrachtungen und Einbeziehung der Grunderwerbsteuer, für den Zeitraum 2010 bis 2015 1,8 Milliarden € aus, und das entschärft ein wenig die Finanzsituation.

Zur Frage „Soli-Umlage ja oder nein?“. Ich weiß noch, wie wir angefangen haben. 195 Millionen € wollten wir von den abundanten Gemeinden hereinholen. Wir sind aber auf die Kritik eingegangen, indem wir gesagt haben, dass wir das Ganze halbieren. Zurzeit werden die strukturstarken Gemeinden mit 91 Millionen € belastet.

Wir haben aber auch deutlich gemacht, dass das Thema „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ nicht alleine aus Landesmitteln zu finanzieren ist, sondern dass es hierzu einer Mithilfe der Kommunen bedarf. Das machen wir über entsprechende Befrachtungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, und das machen wir über die Solidarumlage. Und dass hier niemand über Gebühr beansprucht wird, wird auch daran deutlich, dass wir bezogen auf die Frage, in welchem Umfang überschießende Steuerkraft abgeführt wird, von einem Faktor von etwa 8,7 % sprechen. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Nun möchte ich gerne auf die beiden Anträge, die von der CDU eingebracht worden sind, eingehen. Erstens geht es darum, dass dem Demografiefaktor angesichts der Bevölkerungsentwicklung ein Fünf-Jahres-Zeitraum zugrunde gelegt wird. Frau Scharrenbach, ich weiß nicht, ob Sie bei der Anhörung anwesend waren. Sowohl der Städte- und Gemeindebund als auch der Landkreistag als auch der Städtetag Nordrhein-Westfalen haben sich dagegen ausgesprochen.

Sie kennen die Diskussionen. Viele haben im Zusammenhang mit der Umsetzung des FiFo-Gutachtens gesagt: Wir wollen eigentlich die aktuellsten Bevölkerungszahlen zugrunde legen, aber es ist völlig in Ordnung, wenn wir es auf einen Drei-Jahres-Zeitraum strecken; schließlich können Umbrüche in diesem Zeitraum relativ hart sein. Das haben wir im Einvernehmen mit der kommunalen Familie getan.

Zweitens geht es um die Hebesätze. Ihr Vorschlag, einen Abschlag von 10 % vorzunehmen, ist in beiden Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände abgelehnt worden. Wir sehen dort auch keinen Handlungsbedarf. Die Entwicklung der Hebesätze gefällt uns nicht, aber wir werden sie mit Si-

cherheit nicht bremsen können, indem wir die fiktiven Hebesätze nach Ihren Vorstellungen absenken. Denn auf diese Weise käme es zu einer Umverteilung von schwachen zu starken Gemeinden, und das wollen wir nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Krüger. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen erstens über den Einzelplan 03 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7503, den Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung zustimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und die Piratenfraktion. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 03 in zweiter Lesung angenommen.**

Ich darf Ihnen an dieser Stelle noch einmal den Hinweis geben, dass wir über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 Drucksache 16/6502 entsprechend der Beschlussempfehlung erst morgen abstimmen, ebenso über die Rücküberweisung zur dritten Lesung.

Wir stimmen zweitens über den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/6685 ab. Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt in Drucksache 16/7362, den Antrag abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung, und zwar nicht über die Beschlussempfehlung, sondern über den Antrag selbst. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das ist die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/6685** mit dem soeben festgestellten Ergebnis **abgelehnt.**

Wir stimmen drittens über den zweiten Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/6684 ab. Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt in Drucksache 16/7361, den Antrag Drucksache 16/6684, wie bereits erwähnt, abzulehnen. Wir kommen somit nicht zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung, sondern auch hier zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/6684 selbst. Wer ist dafür? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und die Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser **Antrag Drucksache 16/6684 abgelehnt.**

Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 03 und rufe nun auf: